

Stadtkanzlei
Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon 033 225 82 21
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch



Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 2 vom 18. Januar 2019, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Reto Schertenleib
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Seraina Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Margrit Schwander, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Cloe Weber, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Lorina Winkler

Entschuldigt

Marc Barben

Schluss der Sitzung

19:00 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst die Anwesenden zur ersten ordentlichen Stadtratssitzung des neuen Jahres und zugleich der neuen Legislatur. Anschliessend an die Sitzung findet die Stadtratspräsidentenfeier statt, weshalb die nicht behandelten Vorstösse auf die Sitzung vom 14. Februar 2019 verschoben werden.

2. Wahl des Stadtratsbüros 2019

Bericht Nr. 1/2019 (Tischauflage)

Als provisorische Stimmzähler schlägt der Stadtratspräsident Alois Studerus (EVP+EDU+CVP) und Adrian Christen (SP) vor.

Der Rat wählt Alois Studerus (EVP+EDU+CVP) und Adrian Christen (SP) einstimmig als provisorische Stimmzähler.

a) Erstes Vizepräsidium

Die Fraktion glp/BDP schlägt Daniela Huber Notter (glp/BDP) zur Wahl vor.

Der Rat wählt Daniela Huber Notter (glp/BDP) einstimmig zur Vizepräsidentin.

b) Zweites Vizepräsidium

Die Fraktion Grüne/JG schlägt Roman Gugger (Grüne/JG) zur Wahl vor.

Der Rat wählt Roman Gugger (Grüne/JG) einstimmig zum zweiten Vizepräsidenten.

c) Zwei Stimmzähler/Stimmzählerinnen

Die Fraktion EVP+EDU+CVP schlägt als Stimmzähler Alois Studerus (EVP+EDU+CVP) vor.

Die SP-Fraktion schlägt als Stimmzähler Adrian Christen (SP) vor.

Der Rat wählt Alois Studerus (EVP+EDU+CVP) und Adrian Christen (SP) als Stimmzähler.

Stadtratsbeschluss

Für das Jahr 2019 wird gestützt auf Art. 14 und Art. 20 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018 in das Stadtratsbüro einstimmig gewählt:

1. Vizepräsidium:	Daniela Huber Notter	glp/BDP
2. Vizepräsidium:	Roman Gugger	Grüne/JG
Stimmzähler:	Adrian Christen	SP
	Alois Studerus	EVP+EDU+CVP

3. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 14. Dezember 2018

Das Protokoll wird vom **Rat** stillschweigend genehmigt.

4. Stadträtliche Kommissionen

Wahl von je acht Mitgliedern, Präsidium und Vizepräsidium der fünf Sachkommissionen (SAKO) (gemäss Fraktionspräsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018)

Bericht Nr. 2/2019 (Tischauflage)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Für die vierjährige, am 31. Dezember 2022 endende Amtsdauer werden gestützt auf Art. 34 Stadtverfassung und Art. 21 Geschäftsreglement des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018 nachfolgende Mitglieder zur Wahl vorgeschlagen. Die Präsidien und Vizepräsidien werden jährlich neu gewählt.

a) Sachkommission Präsidiales und Stadtentwicklung (P+StE)

1. Präsidium 2019	Peter Aegerter	SVP
2. Vizepräsidium 2019	Jonas Baumann-Fuchs	EVP+EDU+CVP
3. Mitglied	Alain Kleiner	SVP
4. Mitglied	Martin Allemann	SP
5. Mitglied	Manon Jaccard	SP
6. Mitglied	Seraina Graf	Grüne/JG
7. Mitglied	Thomas Hiltpold	Grüne/JG
8. Mitglied	Thomas Rosenberg	glp/BDP

b) Sachkommission Bau und Liegenschaften (B+L)

1. Präsidium 2019	Adrian Christen	SP
2. Vizepräsidium 2019	Till Weber	Grüne/JG
3. Mitglied	Philipp Deriaz	SVP
4. Mitglied	Reto Schertenleib	SVP
5. Mitglied	Margrit Schwander	SP
6. Mitglied	Michelle Marbach	Grüne/JG
7. Mitglied	Simon Werren	glp/BDP
8. Mitglied	Alois Studerus	EVP+EDU+CVP

c) Sachkommission Bildung Sport Kultur (BiSK)

1. Präsidium 2019	Reto Kestenholz	Grüne/JG
2. Vizepräsidium 2019	Andreas Kübli	glp/BDP
3. Mitglied	Barbara Klossner	SVP
4. Mitglied	Carlo Schlatter	SVP
5. Mitglied	Katharina Ali-Oesch	SP
6. Mitglied	Darshikka Krishnanantham	SP
7. Mitglied	Manfred Locher	EVP+EDU+CVP
8. Mitglied	Susanna Ernst	FDP

d) Sachkommission Sicherheit und Soziales (Si+So)

1. Präsidium 2019	Susanne Gygax	EVP+EDU+CVP
2. Vizepräsidium 2019	Alice Kropf	SP
3. Mitglied	Valentin Borter	SVP
4. Mitglied	Eveline Salzmann	SVP
5. Mitglied	Cloe Weber	Grüne/JG
6. Mitglied	Reto Vannini	glp/BDP
7. Mitglied	Hanspeter Aellig	FDP
8. Mitglied	Mark van Wijk	FDP

e) Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt (FiRU)

1. Präsidium 2019	Nicole Krenger	glp/BDP
2. Vizepräsidium 2019	Daniela Weber	SVP
3. Mitglied	Serge Lanz	SVP
4. Mitglied	Franz Schori	SP
5. Mitglied	Marc Barben	Grüne/JG
6. Mitglied	Roman Gugger	Grüne/JG

7. Mitglied
8. Mitglied

Daniela Huber Notter
Verena Schneider

glp/BDP
EVP+EDU+CVP

5. Gemeinderat: Direktionsstruktur, Direktionszuteilung, Pensen sowie Vizepräsidium für die Legislaturperiode 2019 bis 2022. Regelung der Stellvertretungen

Genehmigung des Gesamtpensums von 380 Prozent. Kenntnisnahme von der Zuteilung der Direktionen.

Bericht des Gemeinderates Nr. 3/2019 (Nachversand erfolgte per E-Mail)

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, hat Kenntnis von der neuen Direktionszuteilung genommen und vertraut darauf, dass sich der Gemeinderat gut entschieden hat. Er hätte eine sachlogische einer personenabhängigen Zuteilung der Direktionen vorgezogen. Insbesondere ist es suboptimal, dass Bauen, Planen und Controlling in drei verschiedenen Direktionen angesiedelt sind. Die Fraktion freut sich hingegen, dass das Thema Umwelt mit der Schaffung der Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt prominent hervorgehoben wurde und eine eigene Fachabteilung erhält. Er hofft, dass es nicht nur im Titel prominent zum Ausdruck kommt, sondern, dass auch genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit diesem direktionsübergreifenden Thema die nötige Aufmerksamkeit zukommt. Umwelt ist ein Thema, das in viele Bereiche hineinspielt und es muss entsprechend gewichtet werden. Die Fraktion stimmt dem Gesamtpensum zu und nimmt die Verteilung zur Kenntnis.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, ist erfreut, dass eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde und hat den Eindruck, dass die Themen der nächsten Jahre auf diese Weise gut abgedeckt sind. Die Praxis wird zeigen, ob sich diese Variante bezüglich Effizienz, Schnittstellen, Optimierung etc. bewährt. Er sieht in den von seiner Fraktion bereits eingereichten Vorstössen zum Fachausschuss eine gewisse Entschärfung. Die Fraktion stimmt dem Gesamtpensum zu und nimmt Kenntnis von der Zuteilung der Direktionen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, stimmt mit seiner Fraktion dem Gesamtpensum zu und nimmt Kenntnis von der Direktionszuteilung. Sie waren etwas überrascht von der Kreativität, die der Gemeinderat an den Tag legte. Besonders freut Stadtrat Schori, dass die Digitalisierung und Smart City in der Stadt angekommen sind. Er besuchte in der letzten Legislatur eine Veranstaltung zu diesen Themen, wobei er die Abwesenheit der Stadt Thun bedauerte. Er machte mehrmals Mitglieder der Verwaltung und des Gemeinderats auf Veranstaltungen und die Vernetzung im Rahmen eines Projekts des Bundesamts für Energie aufmerksam. Deshalb freut es die Fraktion besonders, dass diese Themen nun angekommen sind.

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, hat von dem neuem Setup Kenntnis genommen und gratuliert dem Gemeinderat zur neuen Konstituierung. Die Themen Smart City und Digitalisierung begrüsst auch er, mahnt allerdings, die Themen baulicher Unterhalt, Schuldenkontrolle und -steuerung, Wirtschafts- und Standortentwicklung aus der letzten Legislatur nicht zu vergessen. Wenn es gelingt, das ganze Paket zu schnüren, ist die Fraktion sehr zuversichtlich.

Der Stadtpräsident freut sich über die positive Aufnahme der Einteilung. Auf das Argument, Planen und Bauen hätte zusammengelegt werden sollen, entgegnet er, dass sich der Gemeinderat von vielen Gesichtspunkten hat leiten lassen, u.a. von den zahlreichen Wechslen in der Direktion Bau und Liegenschaften in den vergangenen Jahren. Jetzt, da der zuständige Vorsteher Konrad Hädener wiedergewählt wurde, ist – auch angesichts der aktuellen Herausforderungen – eine gewisse Kontinuität angezeigt. Der Gemeinderat wollte keine grundlegende Verwaltungsreform, da eine solche einen gewissen Aufwand mit sich bringt. Weiter sollte die Verteilung politisch und vom Aufwand her einigermaßen ausgewogen sein. Insgesamt betrachtet wurde eine gute Lösung gefunden, insbesondere, weil Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Smart City in der Direktion unter Gemeinderätin Andrea de Meuron prominenter positioniert werden können. Der Gemeinderat klärt aktuell ab, ob man in dieser Angelegenheit sogar Synergien mit dem Kanton nutzen und zusammen etwas Sinnvolles umsetzen könnte. Schnittstellen wird es geben – gerade die Aufgaben der neuen Direktion sind typischerweise Querschnittaufgaben. Der Gemeinderat wird versuchen,

diese Herausforderungen so gut wie möglich zu lösen. Der Stadtpräsident bittet bereits jetzt um Verständnis für anfängliche Reibungsflächen. Gemeinderat und Verwaltung sind jedoch motiviert in die neue Legislatur gestartet und es besteht eine gute Ausgangslage dafür, in der neuen Legislatur gute Resultate präsentieren zu können.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 1 und Artikel 3 Absatz 2 LGR und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 9. Januar 2019, beschliesst einstimmig:

1. Kenntnisnahme von der Zuteilung der Direktionen und Pensen an die Mitglieder des Gemeinderates für die Legislaturperiode 2019 bis 2022.
2. Das Gesamtpensum von 380 Prozent wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

6. Motion M 2/2018 (dringlich) betreffend zeitgleicher Start für die Betreuungsgutscheine

Fraktion der Mitte vom 25. Oktober 2018; dringliche Beantwortung

Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, betont die Bedeutung der ersten Lebensjahre für Kinder, deren positive sowie negative Einflüsse bis ins Erwachsenenalter nachgewiesen werden können. Es ist deshalb erstrebenswert, den Kindern unnötige Wechsel in Kindertagesstätten und Tagesfamilien zu ersparen. Deshalb ist frühzeitige Klarheit über künftige Rahmenbedingungen zur Einführung der Betreuungsgutscheine wichtig. Langfristige Planung ist von grosser Bedeutung, wie die SP in der Interpellation 24/2018 festgestellt hat. Da die Vernehmlassung über die Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) bald zu Ende geht, hat die ehemalige Fraktion der Mitte einen Austausch der Stadt mit ihren Nachbargemeinden bezüglich Startzeitpunkt der Gutscheine als dringend erachtet. Der Gemeinderat war verwundert darüber, dass die dringlich gesetzte Motion ohne Einspruch seitens der Fraktion auf die heutige Sitzung vertagt werden konnte. Der Fraktion war jedoch wichtig, dass die Diskussion mit den umliegenden Gemeinden angestossen wird. Dringlichkeit bestand nicht mehr, da der Gemeinderat die Frage anging. Sie wandeln die Motion in ein Postulat.

Eveline Salzmänn, **SVP-Fraktion**, erinnert daran, dass gemäss GEF die Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) am 1. April 2019 in Kraft tritt und Betreuungsgutscheine voraussichtlich ab dem 1. August 2019 eingelöst werden können. Dass die Stadt Thun per 1. August 2019 Betreuungsgutscheine anbietet, ist nicht realistisch, da das erforderliche System zur elektronischen Abwicklung erst ab Mai 2019 zur Verfügung steht. Hingegen würde ein Start am 1. Januar 2020 Sinn machen, da Ende 2019 der Leistungsvertrag mit der Stiftung Kinderkrippe ausläuft und wohl auch die anderen Leistungsverträge. Weiter ist zu erwarten, dass die fremdbetreuten Kinder im Januar 2020 die gleichen sind wie im August 2019, womit die Zahlen planbarer sind. Die Fraktion ist für die Annahme des Vorstosses als Postulat und stellt sich die Frage, ob eine gleichzeitige Abschreibung möglich ist. Auf jeden Fall macht eine Prüfung der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden durch den Gemeinderat Sinn. Eine Zusammenarbeit könnte darin bestehen, dass die Stadt Thun gegen Entgelt die Ausgabe und Berechnung der Gutscheine für die anderen Gemeinden übernimmt oder gemäss GEF an einen unabhängigen Dritten übergibt.

Andreas Kübli, **Fraktion glp/BDP**, ist froh, dass der Gemeinderat den ursprünglich als Motion eingereichten Vorstoss zumindest als Postulat annehmen will. Mit der Antwort ist seine Fraktion nicht glücklich, da man vom Gemeinderat seit Jahren immer das Gleiche hört – dass er warten will. Er räumt ein, dass die Realisierung in kleineren Gemeinden schneller vonstattengeht, hoffte jedoch, es würde nun endlich etwas vorliegen. Er kann verstehen, dass die Motion nicht erzwungen werden kann, doch es mangelte nicht an Signalen aus dem Rat. Er bittet den Gemeinderat deshalb, die Zeichen der Zeit zu erkennen und vorwärtszumachen. Auch aufgrund der fortgeschrittenen Revision der ASIV-Verordnung sollte man nicht länger warten. Es geht darum, Thun als fortschrittliche Stadt zu positionieren. Die Fraktion erwartet rasches Handeln, Resultate und das Aufzeigen der Organisation mit den umliegenden Gemeinden. Sie unterstützen die Umwandlung in ein Postulat und dessen Überweisung.

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, informiert den Rat, dass Ecoplan das Pilotprojekt der Stadt Bern zu Betreuungsgutscheinen evaluiert und positiv bewertet hat. Eine zeitgleiche Einführung mit den umliegenden Gemeinden ist nicht zwingend erforderlich, wenn die Betreuungsgutscheine von allen Kitas im Kanton akzeptiert werden. Trotzdem unterstützt die Fraktion das Postulat. Die Fraktion fordert, dass die Stadt die aus einer hohen Nachfrage entstehenden Mehrkosten bei der Einführung der Betreuungsgutscheine trägt und keine Budgetlimite setzt. Die Kosten der Eltern sollen sich nicht erhöhen, wie dies in Luzern der Fall war. Das System soll so gestaltet werden, dass die Kitas genügend Plätze anbieten. Obwohl zu erwarten ist, dass der administrative Aufwand und dessen Kosten zunehmen werden, sollte es möglich sein, Betreuungsgutscheine einfach zu beantragen.

Susanna Ernst-Reusser, **FDP**, fragt sich, wann was lange währt, endlich gut wird. Am 23. Oktober 2014 reichte die damalige FDP-Fraktion ein Postulat betreffend Betreuungsgutscheine für familienexterne Kinderbetreuung ein. Am 5. März 2015 empfahl der Gemeinderat die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats. Wenn man sieht, dass man heute noch nicht weiter ist, kann man froh sein, dass das Postulat damals angenommen, wenn auch nicht abgeschrieben wurde. Die FDP dankt der ehemaligen Fraktion der Mitte für die Wiederaufnahme des Postulats. Sie hofft, dass die Betreuungsgutscheine bald eingeführt werden, und stimmt der Umwandlung in ein Postulat zu.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, würde einen gleichzeitigen Systemwechsel aller Gemeinden begrüßen. Er lobt die Tatsache, dass nicht Schnellschüsse und Vorabklärungen gemacht wurden, ohne zu wissen, was kommt. Die Fraktion stimmt der Umwandlung in ein Postulat zu und wird dieses annehmen.

Gemeinderat Peter Siegenthaler nimmt Bezug auf das Votum von Stadtrat Kübli und zitiert aus einer E-Mail der GEF vom 17. Januar 2019 an die Gemeinden. Der Regierungsrat plane, im Februar die Verordnungsanpassungen zur Einführung der Betreuungsgutscheine zu beschliessen. Die Gemeinden könnten dann frühestens für den Start der neuen Tarifperiode ab 2019 im August Betreuungsgutscheine ausgeben. Voraussichtlich werde ab dem 1. Januar 2021 nur noch das Gutscheinsystem durch den Kanton mitfinanziert. Gemeinderat Peter Siegenthaler versichert Stadtrat Kübli, dass die Direktion Sicherheit und Soziales nicht einfach zuwartet, bis der Entscheid über die definitive Form der Einführung des Kantons vorliegt, sondern sich durchaus Gedanken dazu macht. Die Direktion Sicherheit und Soziales hat kein Interesse, die Einführung der Betreuungsgutscheine zu verzögern, doch es fehlt momentan schlichtweg die Grundlage seitens des Kantons. Weiter schreibt die GEF, es sei ihr bewusst, dass es aufgrund der noch nicht verabschiedeten Verordnung schwierig sei, die Umsetzung zu planen. Gemeinderat Siegenthaler lädt Stadtrat Kübli ein, zusammen mit seiner Direktion bei der GEF vorstellig zu werden. Er betont, dass die Alternative zu den Betreuungsgutscheinen nicht nichts ist. Es ist ein funktionierendes System mit reduzierten Wartezeiten vorhanden, in dem praktisch alle Eltern zur gewünschten Zeit einen Platz finden. Er betont den bedeutenden administrativen und finanziellen Mehraufwand des neuen Systems. Der Gemeinderat konnte die Aussage in der Begründung zum Vorstoss, Spiez führe per 1. Januar 2020 Betreuungsgutscheine ein, trotz Dialog mit der Gemeinde Spiez nicht verifizieren. Auch Steffisburg stellt frühestens per 1. Januar 2020 auf das Gutscheine-System um. Er dankt für den Auftrag als Postulat und versichert, dass der Gemeinderat die Angelegenheit weiterverfolgen wird.

Der Stadtratspräsident hält fest, dass die Motion durch die Urheberschaft in ein Postulat umgewandelt wurde.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

7. Postulat P 16/2018 für eine gründliche und umfassende Prüfung und Diskussion des Sportclusters in Thun-Süd

SVP/FDP-Fraktion vom 5. Juli 2018; Beantwortung

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und stellt hocheifrig fest, dass ein Konzept zur Nutzung und Gestaltung des Sport- und Freizeitclusters Thun-Süd bereits seit Dezember 2011 besteht. Er fragt sich, weshalb dieses den zuständigen SAKOs nicht früher zugänglich gemacht wurde. Dann hätten nämlich die Diskussionen um die Thematik der Kunsteisbahn Grabengut vermutlich weit sachlicher geführt werden können, ohne Aussagen wie diese, dass ohne Kunsteisbahn der Sportcluster gestorben sei. Das Konzept zeigt auf, dass auf dem Areal sehr viel möglich ist und mit der Variante Hagacher auch eine Erweiterung westlich der Autobahn umsetzbar wäre. Dementsprechend soll die Fläche jetzt auch beim STEK 2035 die Basis für die Ortsplanungsrevision und notwendige Einzonungen bilden. Das Konzept zeigt auch auf, dass sinnvolle Etappierungen möglich wären. Der Sportcluster muss sich über Generationen hinweg entwickeln, damit neu aufkommende Bedürfnisse laufend berücksichtigt werden können. Beim Studium der Unterlagen besteht die Gefahr, in allzu grosse Euphorie zu verfallen, die sich aufgrund der heutigen Landeigentumsverhältnisse – vor allem in finanzieller Hinsicht – bald wieder verflüchtigen könnte. Baurechtszinsen wie sie aktuell für die beiden Rasenspielfelder Thun-Süd bezahlt werden müssen, sind künftig einfach nicht tragbar. Hier sind die Burgergemeinde und die anwesenden Thuner Bürger stark gefordert, ihre Zinspolitik zu überdenken und die Baurechtszinsen z.B. der Eidgenossenschaft anzupassen. Dazu liefert Stadtrat Aegerter gerne die nötigen Zahlenbeispiele. Die Fraktion dankt der Verwaltung für die hervorragende Arbeit und wird das Postulat einstimmig annehmen.

Markus van Wijk, **FDP**, bedankt sich beim Gemeinderat für die Stellungnahme. Er unterstreicht, dass die Abgabe der Studie an die SAKOs bzw. die Stadtratsmitglieder im Vorfeld viele Diskussionen und Fragen erübrigt hätte. Eine frühzeitige, umfassende Information wäre wünschenswert, um die politische Aufsicht überhaupt zu ermöglichen. Der FDP ist es wichtig, dass mit der Burgergemeinde möglichst rasch detailliert über das Gebiet gesprochen wird. Auch die Kontaktaufnahme mit den umliegenden Gemeinden über allfällige Partizipationsinteressen soll möglichst zeitnah erfolgen. Er ist gespannt auf die kommende Abstimmung zum Grabengut und geht davon aus, dass die verantwortlichen Gemeinderäte einen Plan B vorrätig haben. Die FDP stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, befürwortet mit seiner Fraktion das Postulat einstimmig. Der Sportcluster Thun-Süd ist damit in der Planungsebene verankert. Der eigentliche Auftrag ist soweit erfüllt, Fragen 1-3 sind beantwortet und Fragen 4-8 werden den Rat in Zukunft beschäftigen. Noch zu integrieren sind der Zeithorizont, die Haltung der Sportvereine und des Kantons sowie die Beteiligung der umliegenden Gemeinden. Bezüglich der finanziellen Konsequenzen muss man sich bewusst sein, dass der Sportcluster Thun-Süd einiges kosten wird. Im Aufgaben- und Finanzplan sind einige nach und nach zu verwirklichende Projekte bereits vorgesehen. Es können nicht alle Projekte auf einmal verwirklicht werden, sonst wird die Stadt überfordert. Für ihn steht fest, dass der Standort für den Sportcluster mit der Sanierung Grabengut nicht gefährdet ist. Sollte ein solches Projekt vom Volk bei der Abstimmung abgelehnt werden, wird es auch schwieriger, künftige Projekte zu verwirklichen. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Andreas Kübli, **Fraktion glp/BDP**, ist mit dem Geschäft sehr zufrieden. Es wurden noch selten mit so wenigen Worten so viele Grundlagen geschaffen. Er dankt dem Gemeinderat für die Übersicht und die Klarheit über verschiedene Möglichkeiten und Kombinationen. Diese dienen auch als Grundlage für weitere Überlegungen seitens der Fraktion, damit in Zukunft sachlicher diskutiert werden kann. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, war versucht zu sagen, der Vorstoss renne offene Türen ein. Jedoch muss man dem Vorstoss zugutehalten, dass der Rat ohne diesen das Konzept wohl nie zu Gesichte bekommen hätte. Die Fraktion begrüsst die Stossrichtung, den Sport in Thun-Süd zu clustern, allerdings nicht auf Biegen und Brechen. So ist sich die Fraktion nicht ganz einig über eine Verlegung des Leichtathletik-Stadions Lachen. Als zentral erachten sie, dass ein künftiger STI-Standort in Thun-Süd – zum Beispiel als Kombi-Nutzung mit einer Handball-Halle – nicht per se ausgeschlossen wird. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die gründliche Studie. Die Fraktion unterstützt das STEK und damit die Planungsziele des Gemeinderats. Aus diesem Grund begrüssen sie die Einzonung im Rahmen der laufenden Ortsplanungsrevision. Es ist der richtige Zeitpunkt, den Sportcluster ins Auge zu fassen und über mögliche Nutzungen zu diskutieren. Er betont, dass die Entscheidung für die Sanierung des Eissportzentrum Grabengut kein Widerspruch zum Sportcluster Thun-Süd darstellt. Die Fraktion wird das Postulat annehmen.

Der Stadtpräsident kann die Frage, weshalb das Konzept erst jetzt vorgelegt wurde, so nicht beantworten. Er stellt jedoch fest, dass dieses sehr gut ankam und versichert, dass der Gemeinderat dem Stadtrat so viele Entscheidungsgrundlagen wie möglich geben will. Die Entwicklung des Sportclusters wird über Generationen hinweg ein Thema sein. Gründe dafür sind unter anderem die zonenrechtlichen Rahmenbedingungen und die Eigentumsverhältnisse. Er hofft, den Rat überzeugt zu haben, dass der Sportcluster nicht mit einer einzigen Sportstätte steht oder fällt. Zur Partizipation der Gemeinden stellt er etwas ernüchtert fest, dass die Partizipation der Stadt Thun immer dann gefragt ist, wenn etwas bezahlt werden muss. Etwas weniger Partizipation stellt er fest, wenn andere Gemeinden der Stadt Thun etwas bezahlen sollen. Beim Eissportzentrum vermisste er bisher die Bereitschaft der umliegenden Gemeinden, finanziell zu partizipieren. Es ist zu hoffen, dass sich dies noch ändert und sich zeigt, dass es sich um eine für die Region wichtige Infrastruktur handelt. Im Zusammenhang mit dem STI-Standort beantwortete der Gemeinderat bereits Vorstösse und glaubt, dass der Bereich Weststrasse-Süd als Arbeitszone eher in Frage kommt. Er dankt dem Rat für die gute Aufnahme.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, wehrt sich gegen die Andeutung von Stadtrat Gugger, der Vorstoss sei unnötig gewesen, da erst dank diesem das Konzept auf den Tisch kam.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

8. Postulat P 15/2018 betreffend Kunststoffabfälle reduzieren und Recycling fördern

Fraktion Grüne vom 5. Juli 2018; Beantwortung

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, hört immer wieder, die Schweizer seien Weltmeister im Recycling. Dies ist nicht ganz unumstritten. Klar hingegen ist, dass wir auch beim Abfallproduzieren ganz oben mitspielen. Wir dürfen uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, da die immer noch steigenden Abfallmengen weiterhin grosse Herausforderungen an uns stellen. Die Fraktion ist dankbar für bisherige Optionen, die helfen, Ressourcen zu schonen und ohne grossen Aufwand – zum Teil sogar mit finanziellen Anreizen verbunden – den ökologischen Fussabdruck zu verkleinern. Für die meisten ist selbstverständlich, dass man Glas und Batterien sachgerecht entsorgt und recycelt. Abgesehen von PET ist dem bei Kunststoffen leider nicht so, obwohl man vergleichbare Einsparungen von unnötigen Emissionen erreichen könnte. Immer mehr Gemeinden bieten entsprechend dem Wunsch der Bevölkerung, der sicher auch in Thun vorhanden ist, gemischte Sammlungen an. Sogar grössere Detailhändler betreiben freiwillig Sammelsysteme. Alles, was wir in unserem bestehenden System sammeln können, können wir auch kostenlos bei Grossverteilern entsorgen. Die Fraktion wäre bereit, dort einen Schritt weiter zu gehen. In der Antwort auf ihren Vorstoss nannte der Gemeinderat erschreckende Zahlen zu den Kosten des gemischten Recyclings im Gegensatz zur Verbrennung in der KVA. Dort vermisst die Fraktion eine ganzheitliche Betrachtung. Das Verhältnis mag bezüglich der Verarbeitungsprozesse stimmen, jedoch wird nicht berücksichtigt, dass der Betreiber des Recyclings dann ein Produkt in den Händen hält, das er zu einem guten Preis verkaufen kann. So könnten bei Bauprojekten, die durch die öffentliche Hand finanziert werden, günstig wertvolle Sekundärrohstoffe eingekauft werden. Zur immer wieder genannten Verwertungsquote von 70 Prozent ist zu sagen, dass diese gemäss Experten längerfristig auch beim Kunststoff-Recycling möglich sein sollte, wenn man die Entwicklung unterstützt. So lohnt es sich längerfristig nur, inländische Sortieranlagen zu bauen, wenn sich genug Städte zur gemischten Kunststoffsammlung bekennen. Bezüglich Argument, Transportfahrten nach Vorarlberg würden einen CO₂-Ausstoss verursachen, muss man den Blick öffnen: Wenn die Kunststoffe schlussendlich noch in einem Zementwerk landen, muss man dafür viel weniger Kohle importieren, die sonst von weither kommt. Das Votum der Zement-Industrie und ein Hinweis des Kantons Bern besagen, dass alternative Brennstoffe in Zementwerken unbedingt bevorzugt werden sollten.

Um dies zu unterstützen, braucht es eine separate Sammlung. Stadtrat Kestenholz zeigt dem Rat verschiedene Verpackungen und betont den Wert dieser Materialien. Er ruft dazu auf, diese Energie nicht einfach zu verbrennen, sondern einen Schritt weiter zu gehen. Aktuell wird es uns verboten, diese Materialien dem Recycling zuzuführen, weshalb die Fraktion den Antrag stellt, das Postulat nicht abzuschreiben. Auch ist ihr aufgefallen, dass im Abfallkalender noch kein Wort zum Plastik-Recycling steht.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, betont, dass die Schweiz gemäss diversen Publikationen Weltmeister im Recycling ist und rund 90 Prozent der Konservendosen und Glasflaschen zurückfliessen. Rund die Hälfte von dem, was eine Person pro Jahr an Abfall produziert, wird recycelt. Diese Statistiken zeigen, dass die Schweizer Behörden in diesem Bereich viel investieren. Auch die Sensibilisierung und die Möglichkeiten zur Abgabe sind bemerkenswert. Dazu braucht es nicht nur eine gute Infrastruktur und Aufklärung, sondern auch Eigenverantwortung und Disziplin jedes Einzelnen. Die Schweiz tut aus seiner Sicht genug. Sinnvoll ist es, die Angebote bekannt zu machen, was noch nicht immer der Fall ist. Trotz alledem muss die Stadt eine Abwägung von Kosten und Nutzen vornehmen, was sie aus seiner Sicht sehr gut macht. Man muss angeblich umweltschonende Abläufe auch kritisch betrachten. Gerade, wenn Sammelgut ins Ausland transportiert und sortiert wird und über diverse Vertriebswege in die Industrie gelangt, wäre es unter Umständen umweltschonender, den Abfall vor Ort zu vernichten. Das Recycling-System der Schweiz und die Bemühungen der Stadt befinden sich auf sehr hohem Niveau und stellen einen laufenden Prozess dar. Aus diesem Grund lehnt die Fraktion das Postulat ab.

Hanspeter Aellig, **FDP**, nimmt den Bericht des Gemeinderats sehr positiv auf. Es ist offensichtlich, dass man mit Ressourcen für die Herstellung von Kunststoff sparsam umgehen muss. Es muss unserer Gesellschaft rasch gelingen, dass die Abfälle nicht in die Umwelt gelangen. Auch ist unbestritten, dass das Ausmass der Verschmutzung durch Kunststoff weltweit gigantisch ist. Er teilt die Auffassung des Gemeinderats, dass der Stoffkreislauf effizient durch Recycling geschlossen werden muss. Der Bericht des Gemeinderats, der sich auf die kommunale Ebene bezieht, zeigt auf, dass die richtigen Werkzeuge etabliert sind. Der Recycling-Sack ist der richtige Ansatz, der konsequent weiterverfolgt werden muss. Es ist richtig, die Situation der Abfallversorgung der Stadt Thun laufend zu analysieren und Konsequenzen daraus zu ziehen. Die FDP vertraut den Fachleuten und kommt zum Schluss, dass es im Grundsatz genügend und genügend gute Möglichkeiten gibt, den Kunststoff in den Werkstoffkreislauf zurückzuführen. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, unterstützt die Umsetzung von Massnahmen zu einer verbesserten Entsorgung von Kunststoffabfällen. Noch sinnvoller wäre es, Kunststoffabfälle soweit wie möglich zu vermeiden, was in unserer Wohlstandsgesellschaft wohl ein schwieriges Unterfangen ist. Daher sollte man jede noch so kleine Massnahme nutzen, um zu einer Verbesserung der Gesamtsituation beizutragen. Es ist wichtig, dass die Stadt Thun Hand bietet, um Kunststoff in möglichst guter Qualität zu sammeln. Es stehen der Öffentlichkeit genügend Instrumente für eine richtige Entsorgung des Kunststoffs zur Verfügung, so kann z.B. mit dem Recycling-Sack ein gutes Resultat erzielt werden. Die Gratisentsorgung von Kunststoffen bei Grossverteilern kann mit einem Grosseinkauf und der Entsorgung von anderem Altgut kombiniert werden. Aus Sicht der Fraktion sind alle drei Punkte des Postulats erfüllt, weshalb sie es annimmt und gleichzeitig abschreibt.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, setzt sich mit seiner Fraktion für einen sorgsamen Umgang mit der Umwelt und Ressourcen ein. Doch nicht alles, was als ökologisch angepriesen wird, ist es auch. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss im Vergleich zu anderen ökologischen Massnahmen genau angeschaut werden. Manchmal ist die gewählte Lösung auch nur die beste aller schlechten Lösungen – deshalb braucht es Bildung und Forschung, um weiter einen effizienten, innovativen Umgang mit diesen Produkten zu finden. Die Fraktion will, dass Thun auch in dieser Hinsicht am Puls der Entwicklung bleibt und ist überzeugt, dass die Verantwortlichen der Abfallentsorgung die Lage sorgfältig analysiert haben. Sie sind in Kontakt mit den entscheidenden Stellen, führen Pilotprojekte mit der AVAG durch und suchen immer wieder nach Lösungen, wie die Entsorgung ökologisch und wirtschaftlich optimal gewährleistet werden kann. Auch wenn man die Sammlung der Kunststoffabfälle noch nicht vollwirtschaftlich durchführen kann, bietet die Stadt diverse Möglichkeiten wie den Sammelsack an. Alle weitergehenden Schritte sind im Moment leider – auch aus ökologischen Gründen – noch nicht sinnvoll. Als zusätzlichen sinnvollen Ansatzpunkt sieht die Fraktion das Gewinnen von weiteren Verkaufsstellen, die Verpackungen nach Gebrauch

wieder zurücknehmen. Das führt dazu, dass sich die Verkaufsstellen vermehrt Gedanken machen, welche Verpackungen sie einsetzen. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, gibt die Annahme und Nichtabschreibung des Postulats durch die Fraktion bekannt. Es gilt das Motto „Global denken, lokal handeln“. Die Fraktion anerkennt die Leistung, welche die Stadt Thun in Bezug auf das Recycling erbringt, ist jedoch der Meinung, dass man die globale Entwicklung und Innovationen weiterhin verfolgen muss. Auch in Bezug auf den Recycling-Sack würde mehr drin liegen. Er schlägt vor, den Thunerinnen und Thunern anlässlich der nächsten Steuererklärung einen Coupon beilegen, um gratis einen Recycling-Sack auszuprobieren. Stadtrat Schori ist etwas erstaunt über die Aussagen der SVP. Ausgerechnet wenn es um ökologische Fragen geht, kritisiert man plötzlich die zu tiefen Transportkosten, die dazu führen, Waren Hunderte von Kilometern hin und her zu transportieren. Es würde ihn sehr freuen, wenn die SVP auch bei anderen Themen und in anderen Räten an den Transportkosten arbeiten würde.

Till Weber (Grüne) nimmt Stellung zum Votum von Stadtrat Deriaz. Wenn man Plastikabfälle nach Vorarlberg fährt und dort verbrennt, ist dies immer noch besser, als wenn stattdessen ein Stück Steinkohle aus China verbrannt wird. Eine BAFU-Studie hat gezeigt, dass Recycling zwar teurer, aber hinsichtlich Umweltbelastung besser ist. Man muss sich bewusst sein, dass bei der AVAG für jeden Kubikmeter Abfall, den sie nicht verbrennen kann, Kosten anfallen. Wenn man dies berücksichtigt, zeigt sich, dass Recycling zu bevorzugen ist.

Nicole Krenger (glp) kann die Argumente von Seiten der Grünen sehr gut nachvollziehen. Jedoch wurde das, was in dem Postulat gefragt wurde, beantwortet. Die Fraktion glp/BDP ist gerne bei einem Folgevorstoss dabei, um das Anliegen erneut aufzunehmen. Sie tut sich jedoch schwer, ein erfülltes Postulat nicht abzuschreiben.

Gemeinderat Konrad Hädener stellt in vielerlei Hinsicht einen Konsens fest. Die Hauptdifferenz sieht er bei den gemischten Kunststoffabfällen, wo die PostulantIn weiter gehen möchte. Für den Gemeinderat ist das Anliegen des Postulats eine Daueraufgabe, weshalb es für ihn keinen Unterschied macht, ob eine Abschreibung erfolgt oder nicht. Zu den gemischten Kunststoffabfällen sagte Stadtrat Schori, man sollte die globalen Entwicklungen im Auge behalten. China ging als bisheriges Importland dazu über, keine gemischten Kunststoffabfälle mehr anzunehmen. Nun gibt es Ausweichbewegungen und Länder wie Indien sind im Gespräch. Dort haben wir jedoch nicht mehr vollständige Transparenz, was mit unseren Abfällen geschieht. Wenn die Alternative ist, dass ein grösserer Anteil in der AVAG landet, sieht der Gemeinderat dies nicht als Problem. Stadtrat Weber erwähnte, die Kosten der nicht brennbaren Abfälle würden auch ins Gewicht fallen. Gemeinderat Hädener betont, dass die Kunststoffabfälle, von denen jetzt gesprochen wird, nicht in diese Kategorie fallen, sondern einen hohen Brennwert haben und in der AVAG so sauber verbrannt werden wie in einem Zementwerk – mit dem Vorteil, dass dabei Strom und Fernwärme produziert werden. Die AVAG ist immer noch der grösste Stromproduzent in Thun. Dies ist eine sinnvolle Nutzung, mit dem Nachteil, dass ein ursprünglich fossiler Rohstoff verbrannt wird. Alles in allem ist es aber keine schlechte Option. Für den Gemeinderat sind es nicht die finanziellen Kosten, die massgebend sind, sondern die Strafpunkte in der Ökobilanz. Nach den Erhebungen der Verwaltung ist sogar die Ökobilanz des Recycling-Sacks grenzwertig, was die Strafpunkte für den Transport angeht – hauptsächlich wegen der Dichte der Kunststoffabfälle und selbst, wenn diese kompaktiert werden. Die Stadt Thun bietet den Recycling-Sack dennoch an, da damit der Sammel- und Recyclingwille der Bevölkerung flankiert wird. Weiter will man nicht gehen, weil sonst die Ökobilanz nicht mehr stimmt. Wenn die Alternative ist, den Teil, der nicht im Recycling-Sack Platz hat, sauber in der AVAG zu verbrennen und dabei Strom und Fernwärme zu produzieren, kann man sich den Umweg schenken über die ganze Kette, wo dann doch die Hälfte in einem Zementwerk landet. Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss mit der gegebenen Begründung abzuschreiben.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, betont, dass der Umweltnutzen des gemischten Plastikrecyclings gemäss Studien unbestritten ist. Es ist ein Widerspruch gegen die Prinzipien des Verwertens, wenn man darauf verzichtet, diese Möglichkeiten zu Gunsten der Umwelt voll auszuschöpfen. Die Fraktion ist auch überzeugt, dass es längerfristig ohnehin kommen wird, da es sich auch finanziell lohnt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 29 : 10 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 24 : 15 Stimmen ab.

9. Postulat P 18/2018 betreffend erweiterter Öffnungszeiten des Welcome-Center Thun und eine bessere Verfügbarkeit des Velospot-Angebots

Katharina Ali-Oesch (SP), Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018; Beantwortung

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Der Beweggrund für den Vorstoss war, dass sie von mehreren auswärtigen Personen auf die Verfügbarkeit bzw. Nichtverfügbarkeit des Angebots von VeloSpot während der Wochenenden angesprochen wurde. Die Begründung des Gemeinderats, die gegen die erweiterten Öffnungszeiten des Welcome Centers spricht, ist einigermassen nachvollziehbar. Die Fraktion sieht ein, dass eine Verknüpfung zwischen VeloSpot und den Öffnungszeiten des Welcome Centers wahrscheinlich nicht zielführend ist. Dem guten Service Public für Tagestouristinnen werden die Postulanten bei der nächsten Vertragsverlängerung mit Thun-Thunersee Tourismus mehr Beachtung schenken. Der Verkauf von physischen Tageskarten für die Velomiete ist ein Auslaufmodell. Es gibt bereits Systeme auf dem Markt, die den Zugang über das Smartphone ermöglichen. Diese digitalen Möglichkeiten sollte man nutzen. Der Gebrauch von Velos ist eine gute Sache für Menschen und Umwelt und muss gefördert werden. Bei VeloSpot gibt es Ungereimtheiten wie die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden. Ihr Wissensstand widerspricht der Aussage des Gemeinderats, weshalb es eine zweite Diskussion braucht. Die Fraktion unterstützt das Postulat, stellt jedoch den Antrag, dieses nicht abzuschreiben. Gründe dafür sind die Überprüfung der Öffnungszeiten des Welcome Centers sowie die möglichst rasche Verwirklichung der Verfügbarkeit des VeloSpot-Angebots mittels digitaler Möglichkeiten.

Susanna Ernst-Reusser, **FDP**, stellt fest, dass im Postulat zwei Sachen vermischt werden. Primär geht es um die Veloausleihe zu Zeiten, wenn das Welcome Center nicht geöffnet ist. Daraus las die FDP die Anliegen von längeren Öffnungszeiten sowie von einer besseren Verfügbarkeit der VeloSpot-Angebote. Die Begründung des Gemeinderats zur Verlängerung der Öffnungszeiten ist nachvollziehbar. Auch die FDP sieht keine Notwendigkeit für längere Öffnungszeiten. Das zweite Anliegen, die verbesserte Verfügbarkeit des Velospot-Angebots, teilt die FDP mit den Postulanten. Wenn sich die Stadt Thun zu einer Velostadt entwickeln will, muss eine andere Möglichkeit zur Buchung von Velos gefunden werden. Stadträtin Ernst-Reusser nennt Mobility als gutes Beispiel für eine digitale, ortsunabhängige Reservierung. Die vertiefte Prüfung eines solchen Systems wäre durchaus angebracht. Die FDP ist für die Annahme des Postulats und gegen dessen Abschreibung.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, schliesst sich der Aufteilung ihrer Vorrednerin an. Auch ihre Fraktion erachtet verlängerte Öffnungszeiten des Welcome Centers am Sonntag nicht als wirtschaftlich. Betreffend das Angebot von VeloSpot empfinden sie es als Selbstverständlichkeit, dass man in absehbarer Zeit mit dem Handy ein Velo mieten kann. Auch ist aus der Antwort des Gemeinderats ersichtlich, dass er das umsetzen will. Einzig der Zeithorizont ist nicht klar und die Fraktion fragt sich, wie die Situation in der Zwischenzeit aussieht. Sie versteht nicht, was dagegen spricht, wenn Dritte Velokarten verkaufen, die am Sonntag geöffnet haben. Ihr scheint dies als Übergangslösung bis zu einer digitalen Lösung zumindest als prüfenswert. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und nicht abschreiben.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, erachtet das Postulat als klar beantwortet. Mit der Öffnung des Welcome Centers am Sonntag hat man im Jahr 2016 die Erfahrung gemacht, dass die Nachfrage fehlt und gleichzeitig Mehrkosten generiert werden. Es ist anzunehmen, dass in absehbarer Zeit die Velos über das Smartphone gemietet werden können. Er stellt fest, dass sich die SP sonst vehement gegen längere Ladenöffnungszeiten wehrt, sie in diesem Fall jedoch ausdehnen will. Es freut ihn, dass man erkennt, dass Flexibilität angebracht ist, um bei bestehender Nachfrage längere Ladenöffnungszeiten zu ermöglichen. Die SVP-Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, teilt grundsätzlich das Anliegen der Postulanten. Der Bedarf nach Auskünften im Welcome Center ist am Sonntag jedoch sehr gering und der Besucherstrom bewegt

sich hauptsächlich vom Bahnhof in Richtung Schiffländte, wie der Versuch im Jahr 2016 gezeigt hat. Sogar in Interlaken, wo das Besucheraufkommen hoch ist, ist der Tourismusschalter nur während der Monate Juli und August sonntags geöffnet. Ein Technologiesprung für Zahlungsmöglichkeiten bei VeloSpot – eine App für Kreditkartenzahlung – wäre sehr wünschenswert. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, nimmt mit seiner Fraktion das Postulat an. Auch wenn man es aus formell-juristischen Gründen abschreiben könnte, wollen sie der guten Idee zum Durchbruch zu verhelfen. In ihrem Verständnis war das Welcome Center der Hauptfokus des Postulats, was offenbar auch der Eindruck des Gemeinderats war, da er sich zum VeloSpot gerademal auf fünf Zeilen äusserte. Es ist schade, dass alle von VeloSpot sprechen, ohne ausreichend über die Benutzung des Systems und dessen Entwicklung Bescheid zu wissen. Der Fraktion ist das Thema VeloSpot viel wichtiger als das Welcome Center. Sie sind der Meinung, es brauche einen eigenen Vorstoss für VeloSpot, was jedoch nicht nötig ist, wenn dieses Postulat nicht abgeschrieben wird. Die Fraktion möchte rasch Resultate sehen, andernfalls wird sie einen eigenen Vorstoss einreichen.

Der Stadtpräsident sieht in diesem Beispiel eine Chance für eine smarte Lösung, wo nicht in die physische Präsenz von Mitarbeitenden im Welcome Center, sondern in eine bessere, digitale Lösung investiert wird. Der Gemeinderat wird die Umsetzung in Angriff nehmen. Betreffend die umliegenden Gemeinden stellt er ähnlich wie bei der Sportinfrastruktur grosse Freude fest, solange die Stadt Thun zahlt. Diese Freude nimmt ab, wenn Thun nicht mehr zahlt. Auch hier wird man bestimmt eine gute Lösung finden. Die Frage zur Abschreibung ist eine Grundsatzfrage. Der Rat ist sich einig, dass das Anliegen geprüft wurde, und auch, dass die Öffnungszeiten des Welcome Centers nicht ausgedehnt werden sollen. Er weist darauf hin, dass der Gemeinderat genau das geprüft hat, was im Postulat gefordert wurde. Nun wollen die Postulanten nicht abschreiben, weil sie jetzt etwas anderes fordern, das jedoch im Wortlaut des Vorstosses nicht erwähnt wird. Er versteht das Anliegen und findet VeloSpot auch wichtig, erachtet das Vorgehen jedoch als falsch, auch weil das Postulat dann bei der Berichterstattung einen nicht mehr aktuellen Titel trägt. Der Gemeinderat bittet den Rat, seine Anliegen in separaten Vorstössen zur Diskussion zu stellen, damit klar ist, worum es beim jeweiligen Vorstoss geht. Er bittet den Rat, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, hält am Antrag zum Nichtabschreiben fest und bittet den Rat, diesem zu folgen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 24 : 14 Stimmen nicht ab.

10. Fragestunde 01/2019 betreffend gewaltminimierende Massnahmen an Fussballspielen

Alice Kropf (SP) vom 15. Januar 2019; Beantwortung

Die Frage F 01/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf

11. Fragestunde 02/2019 betreffend sozialpädagogische Interventionen betreffend Jugendgang

Alice Kropf (SP) vom 15. Januar 2019; Beantwortung

Die Frage F 02/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf

12. Fragestunde F 03/2019 betreffend Spezialkommission Verkehr

Till Weber (Grüne) vom 15. Januar 2019; Beantwortung

Die Frage F 03/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf

13. Interpellation I 1/2019 betreffend die Ausschreitungen „Krieg am Bahnhof Thun“ vom 15. Dezember 2018

Peter Aegerter (SVP), SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 18. Januar 2019; Dringlichkeit

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit mit den bevorstehenden Spielen und der Tatsache, dass der Gemeinderat bereits an der Stadtratssitzung vom 14. Dezember 2018 um Hilfe ersucht hat.

Stadtratsbeschluss

Die Interpellation wird **vom Rat** als dringlich erklärt.

14. Interpellation I 2/2019 betreffend Übernahme der Psychiatrischen Dienste Thun durch das Psychiatriezentrum Münsingen – why change a winning team?

Fraktion Grüne/JG vom 18. Januar 2019; Dringlichkeit

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, begründet die Dringlichkeit in der starken Betroffenheit der Region Thun durch die bevorstehend radikale Umstellung, der innerhalb eines Jahres umgesetzt werden soll. Wenn man das Steuer herumreissen will, ist rasches Handeln angesagt.

Stadtratsbeschluss

Die Interpellation wird **vom Rat** als dringlich erklärt.

Eingänge

- Postulat P1/2019: Tankstelle in der Hafenanlage Lachen; Fraktion EVP+EDU+CVP, Fraktion SVP vom 18. Januar 2019
- Interpellation I 1/2019 betreffend die Ausschreitungen „Krieg am Bahnhof Thun“ vom 15. Dezember 2018; Peter Aegerter (SVP), SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 18. Januar 2019
- Interpellation I 2/2019 betreffend Übernahme der Psychiatrischen Dienste Thun durch das Psychiatriezentrum Münsingen – why change a winning team?; Fraktion Grüne/JG vom 18. Januar 2019
- Interpellation I3/2019 Gesamtverkehrskonzept MIV: Langfristige Grossprojekte; Fraktion Grüne/JG vom 18. Januar 2019
- Interpellation I4/2019: Wie hoch sind die Folgekosten der Wegteerung in der Kohlerenschlucht?; Till Weber, Grüne; Adrian Christen, SP und Mitunterzeichnende vom 18. Januar 2019

Verschiebungen

- Postulat P19/2018 betreffend einer klimaangepassten Stadtentwicklung mit erhöhter Lebensqualität dank mehr grün und blau statt grau; Franz Schori (SP), Adrian Christen (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018; Beantwortung
- Postulat P 17/2018 betreffend klimaangepasster Gestaltung des Aarequais; Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018; Beantwortung
- Interpellation I 13/2018 betreffend Subunternehmerketten; Martin von Allmen (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018; Beantwortung
- Interpellation I 16/2018 betreffend Schullager in Thun; Fraktion der Mitte vom 20. September 2018; Beantwortung
- Interpellation I 14/2018 betreffend Auswirkung der Steuergesetzrevision 2019 auf die Gemeinde Thun; Martin von Allmen (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018; Beantwortung

Mitteilungen

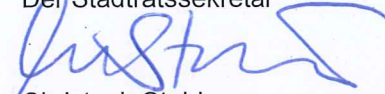
Der Stadtratspräsident macht den Rat darauf aufmerksam, dass die Präsidienkonferenz das Primat der elektronischen Aktenführung festgelegt hat. Die Unterlagen des Stadtrats werden neu ab sofort nur noch in elektronischer Form auf der Sitzungs-App und der Homepage der Stadt Thun zur Verfügung gestellt.

Der Stadtratspräsident



Reto Schertenleib

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder